



FASCHISMUS

KEMPSTON
BEDFORD
ENGLAND

TATSACHEN ÜBER DIE DIKTATUREN

ERSCHEINT DEUTSCH, ENGLISCH, SCHWEDISCH, UND SPANISCH

MIT DER BITTE UM VERÖFFENTLICHUNG UNTER QUELLENANGABE (I.T.F.)

No. 5
9. Jahrgang

3 März 1941

Nazis gegen Farbige

(ITF) Jetzt, nachdem Hitlers Truppen in Afrika auftauchen, interessiert es besonders, wie die Nazis farbige Arbeiter behandeln wollen, falls ihnen Kolonialgebiete ausgeliefert werden. Führende nationalsozialistische Kolonialpolitiker schildern es offen. Die partei-offiziellen "Nationalsozialistischen Monatshefte" stellen Prinzipien einer Nazi-Kolonialpolitik auf: die Nazi-"Weltordnung" werde in Afrika streng auf räumliche Rassentrennung achten. Der Neger-Arbeiter werde zwar auf die Pflanzungen und zu öffentlichen Arbeiten geholt, aber dann immer wieder zu seinem Stamm zurückgeschickt werden. Städtische Berufe sollen ihm möglichst verschlossen bleiben. Der Zuzug aus Landgebieten in die Kolonialstadt werde strengstens kontrolliert werden.

Die geistige Ressentrennung werde noch strenger durchgeführt. Die Ausbildung der Neger werde sich auf landwirtschaftliche Belehrung, handwerkliches Können und den Dienst als Heilgehilfen beim Kolonialarzt beschränken. Lesen- und Schreibenlernen - und ausschliesslich in der Eingeborensprache - werde nur einer beschränkten Zahl Eingeborener erlaubt werden, d.h. nur so weit als für lokale niedrige Verwaltungsarbeit Eingeborene notwendig sind. Europäische Kleidung soll dem Neger verboten werden, er habe beim Lendenschurz zu bleiben. Die europäische Art der Entlohnung in Geld wird ihm versagt. Er erhält als Lohn nur Waren, deren Wert Arbeitgeber und Behörden festlegen. Gearbeitet werden m u s s zu diesen Bedingungen, denn für Neger werde allgemeine Arbeitspflicht eingeführt.

Die "Deutsche Allgemeine Zeitung" schildert, wie von den Nazis zur Pflichtarbeit eingezogene Farbige angetrieben werden sollen. "Schwäche, Nachgiebigkeit, unsichere Behandlung setzt das Ansehen des Arbeitgebers herab und ist kaum weniger gefährlich als Ungerechtigkeit. Der Eingeborene muss fest angepackt werden, eine starke Hand über sich fühlen, es darf ihm auch aus Gütmütigkeit nichts nachgegeben werden".

(Für die Red.: Appell in NS-Monatsheften, IX.40., Nowak in "Deutsche Allgemeine Zeitung", 28.XII.40.)

Nur wer für Hitler arbeitet,
darf sich satt essen

(ITF) Vor einem Jahr hat Göring die Nazibehörden in Polen angewiesen: "Bei der Lebensmittelversorgung der Bevölkerung muss unter allen Umständen erreicht werden, dass die in lebens- und rüstungswichtigen Betrieben arbeitenden Menschen ihre Leistungsfähigkeit behalten, während die übrige Bevölkerung während der Dauer der Lebensmittelknappheit auf ein Minimum an Lebensmitteln angewiesen bleiben muss". Die Nazibehörden in Polen haben diesen Befehl durchgeführt. Sie haben aus Polen angeblich überschüssige Lebensmittel nach Deutschland transportiert und lassen polnische Frauen und Kinder hungern.

Dieses barbarische System wird jetzt auf andere Länder übertragen. In Belgien sind die Lebensmittelrationen bereits so niedrig, dass Arbeiter nicht mehr voll arbeitsfähig bleiben. In Belgien werden deshalb jetzt Bergarbeitern, Metallarbeitern und Arbeitern in öffentlichen Versorgungsbetrieben Margarine über den Betrieb geliefert. Bergarbeiter in Belgisch-Limburg werden von Holland aus mit Kartoffeln und Gemüse versorgt. Die Arbeiter der für Hitlers Kriegsmaschine unwichtigen Berufe, ihre Frauen und Kinder bleiben "auf ein Minimum an Lebensmitteln angewiesen". Sie hungern.

(Für die Red.: Göring-Verordnung: "Faschismus", 20.IV.40.)

Eisenbahner helfen einander

(ITF) Der sozialistische Sender "Europäische Revolution" berichtet: 2 polnischen Eisenbahnern gelang nach 14 Monaten Gefangenschaft die Flucht aus dem Lager bei Berlin. Sie gingen zu einem Berliner Eisenbahner, der einem von ihnen bekannt war. Dort erhielten sie eine andere Adresse und ein Stichwort. Bei der neuen Adresse gab man ihnen genaue Anweisungen über ihr Verhalten und sandte sie dann auf den Weg nach Posen. Sie wurden von einem Vertrauensmann zum anderen weitergegeben, bis Posen haben sich 8 verschiedene Eisenbahner ihrer angenommen. Von Berlin bis Posen haben sie 4 Tage gebraucht. Sie haben stets bei Eisenbahnern übernachtet.

Der knappe Bericht zeigt nicht nur, wie ausgezeichnet diese illegale Organisation deutscher Eisenbahner arbeitet und dass sie polnischen Eisenbahnern solidarisch zur Seite steht. Am beachtlichsten erscheint uns, dass polnische Eisenbahner es als Selbstverständlichkeit ansehen können, dass die Nazihetze gegen die "polnischen Untermenschen" bei Kameraden wirkungslos verhallt.

(Für die Red.: Berichte dieses illegalen Senders, die wir überprüfen konnten, haben sich als zuverlässig erwiesen.)

Misstände auf deutschen Landstrassen

(ITF) Die Nazidiktatur hat am 30. August 1939, einen Tag bevor Hitler seinen Raubkrieg gegen Polen begann, die Sicherheitsvorschriften für Güterlastwagen gelockert. Die Transportunternehmer haben die ihnen gebotene Möglichkeit ausgenutzt, sie lassen Fernlastzüge mit 8,10 Achsen fahren und setzen damit gewissenlos Leben und Gesundheit von Kraftfahrern und Beifahrern aufs Spiel.

Die Verkehrsunfälle haben so zugenommen, dass die Gütertransportversicherung des Reichskraftfahrtverbandes sich weigerte, weiter für alle Güterschäden aufzukommen. Die Versicherung berichtete dem Verkehrsministerium: "Auf den Reichsstrassen und Reichsautobahnen ist in zunehmendem Masse festzustellen, dass die Länge der Fernlastwagenzüge 22 Meter nicht nur gering sondern sehr erheblich überschreitet. Eine derartige Länge von Lastzügen gefährdet nicht nur das Fahrpersonal, die Fahrzeuge und das Ladegut, sondern auch die öffentliche Sicherheit. Die Bereifung besonders des Triebwagens ist einem schnelleren Verschleiss ausgesetzt, die Bremsanlage und die Anhängerkupplungen werden stark überbeansprucht. Gerade in diesen Monaten mit erheblichen Niederschlägen (Regen, Schnee und Vereisung) besteht erhebliche Schleudergefahr; die Anhänger können abreißen. Schon ein aus drei Fahrzeugen mit zusammen 6 Achsen bestehender Lastzug, der fast genau 22 Meter lang ist, wird in den Wintermonaten oft nicht mit genügender Betriebs- und Verkehrssicherheit gelenkt werden können."

Die Gefahren wachsen, wenn die Wagen dazu noch überlastet werden. Transportunternehmer berichten, dass "Lastzüge 'unter Zwang' und auf Befehl' um 50-90% über ihre Tragfähigkeit hinaus beladen werden und dass dadurch Schäden im Getriebe sowie übernormaler Verschleiss der Reifen im Knüppelgelände und in Steinbrüchen entstehen und die Fahrzeuge auf unwegsamem Gelände versinken".

Unter dem Eindruck des Protests der Versicherungsgesellschaften empfiehlt das Reichsverkehrsministerium, die Verkehrsvorschriften wenigstens soweit zu beachten, dass die Versicherungsgesellschaften noch für eventuelle Schäden aufkommen können.

Leben und Gesundheit der Kraftfahrer ist dem Verkehrsministerium weit weniger wichtig als das Interesse des Versicherungskapitals.

(Für die Red.: "Deutsche Bergwerkszeitung", 15.I.41.)

Der Weg der belgischen Gewerkschaften

(ITF) Alle belgischen Transportarbeiter-Gewerkschaften wurden am 17. Februar zur Transportarbeitersektion der unter dem Druck der Nazis gebildeten neuen Gewerkschaftszentrale zusammengelegt. Alle Eisenbahnergewerkschaften wurden der neuen Sektion "Personal im öffentlichen Dienst" dieser Zentrale eingegliedert.

Der Kampf der norwegischen Gewerkschafter

(ITF) In Norwegen hatten sich die Nazis zunächst damit begnügt, die gewerkschaftliche Landeszentrale gleichzuschalten. Der für sie unerwartet heftige Widerstand der Gewerkschafter in der Provinz liess es ihnen geraten erscheinen, die lokalen Gewerkschaftsgruppen vorerst ungeschoren zu lassen. Jetzt jedoch, Anfang Februar, hat die norwegische Naziartei durch eine Rundfrage die politische Einstellung der örtlichen Gewerkschaftsfunktionäre feststellen

lassen. Dann wurden die Leiter der Gewerkschaftsgruppen aufgefordert, ein Bekenntnis zur nationalsozialistischen "Neuen Ordnung" abzulegen. Vorsitzende lokaler Gewerkschaften, die sich weigerten, ihre Ueberzeugung zu verleugnen, wurden ihres Amtes enthoben.

Die Redaktion des Bergener "Arbeiderblad" wurde von Nazis besetzt. Die Redakteure wurden aufgefordert, sich gleichzuschalten. Alle Redakteure weigerten sich.

Sie wurden verhaftet.

Die Lohnpolitik der Raubordnung

(ITF) Schritt für Schritt haben die Nazis ein einheitliches System des Lohndrucks für die ihnen unterworfenen 10 Staaten Europas entwickelt. In Deutschland setzen die Bezirksbeamten des Arbeitsministeriums, die "Reichstrehänder der Arbeit", die Löhne der Arbeiter fest. Sie erhalten ihre Anweisungen vom Berliner Arbeitsministerium, vom Ministerialrat Mansfeld. Dieser Mansfeld war, bevor Hitler ihn 1933 zum Lohndiktator machte, Syndicus des Arbeitgeberverbandes der Ruhrindustriellen und er hat die Interessen seiner Auftraggeber auch im Arbeitsministerium treulich vertreten. Auch der grösste Teil seiner Bezirksbeamten war früher Rechtsvertreter von Arbeitgeberverbänden. Das ist für die Unternehmer von Bedeutung, weil die Treuhänder das Recht haben, die zentralen Richtlinien den Verhältnissen ihres Wirtschaftsbezirks anzupassen. Der Treuhänder berät die besonderen Bedingungen des ihm unterstellten Wirtschaftsbezirks mit Vertretern der Unternehmer und vom Bezirkssekretär ("Gaulleiter") der Nazi-Partei ausgewählten Sekretären der Deutschen Arbeitsfront. Die Entscheidung aber liegt bei ihm.

Auch für Oesterreich, das Sudetengebiet und Luxemburg setzen von Berlin ernannte Treuhänder die Löhne fest.

Die Tarifsätze der von den Reichstreuhandern diktierten Tarifordnungen sind Höchstlohnsätze, übertarifliche Zuschläge dürfen nur mit besonderer Genehmigung des Treuhänders gezahlt werden; die Tarifsätze sind zugleich Mindestsätze; diese Mindestsätze geben dem Arbeiter keine Lohnsicherheit, denn der Treuhänder kann jederzeit untertarifliche Bezahlung in bestimmten Betrieben, in einzelnen Betriebsabteilungen, ja sogar für einzelne Arbeiter oder für die Dauer einzelner Aufträge gestatten und der Unternehmer kann jederzeit dem Arbeiter dadurch die Löhne senken, dass er ihn als minder leistungsfähig bezeichnet oder in eine niedrigere Lohngruppe einstuft.

Dieses nationalsozialistische Lohndiktatsystem ist in allen von deutschen Truppen besetzten Gebieten eingeführt worden. Im polnischen "Generalgouvernement", in Belgien und Nord-Frankreich, in Holland, in Norwegen und im tschechischen "Protektorat" legen heute Beauftragte der Besatzungsbehörden nach den Richtlinien Berlins die Lohnsätze fest. Jede Tariflohnänderung bedarf ihrer Genehmigung! Vor Veränderung von Lohnsätzen beraten sie sich mit Unternehmervetretern, gelegentlich dürfen auch Vertreter der überwachten oder gleichgeschalteten Arbeiterorganisationen ihre Meinung äussern. Der Lohndiktator braucht sich aber um den Rat nicht zu kümmern, er setzt die Löhne ausschliesslich nach dem Interesse Berlins fest.

Dieses Lohndrucksystem funktioniert in den besetzten Gebieten besser im Sinne der Nazis als in Deutschland. In vielen deutschen kriegswichtigen Betrieben haben einzelne Arbeitergruppen trotz aller Nazi-Massnahmen in den zähen Lohnkämpfen der letzten 4 Jahre Teuerungszulagen durchgesetzt. Die Unternehmer haben die verbotenen übertariflichen Zuschläge bewilligt, wenn sie fürchten mussten, dass die unentbehrlichen Arbeitergruppen durch Langsam-Arbeiten die fristmässige Ausführung eiliger Aufträge unmöglich machen würden. Vorübergehend wurde die Lohnbewegung deutscher Facharbeiter gehemmt, als nach der Mai-Krise 1938 Massendeportationen zur Zwangsarbeit beim Festungsbau einsetzten. Die Mobilisierung nach dem Münchner Abkommen aber hatte den Arbeitermangel so verschärft, dass viele Arbeitergruppen sich wieder sicherer fühlten, die Lohnbewegung setzte von neuem ein und konnte von den Nazis bisher nicht abgewürgt werden. In den besetzten Gebieten aber lastet auf allen Arbeitern, die nicht in Wirtschaftszweigen und Verkehrsunternehmungen arbeiten, an deren reibungslosen Weiterarbeiten Deutschlands Kriegswirtschaft interessiert ist, die Furcht vor der Deportation. Nur an diesen für den Kriegsapparat der Nazis wichtigen Arbeitsplätzen haben heute die Arbeiter der besetzten Gebiete die Möglichkeit, durch Langsam-Arbeiten Trennungszulagen durchzusetzen. Beim Flugplatzbau in Norwegen, bei Befestigungsbauten in Belgien, im Gartenbau in Holland, in der Verwaltung und in den Verkehrs- und Versorgungsbetrieben Hollands wurden bereits kleine Teuerungszulagen durchgesetzt. Aber in andern kriegswichtigen Betrieben besetzter Gebiete werden keine

Teuerungszulagen bewilligt, solange noch in entsprechenden reichsdeutschen Unternehmungen ausländische Zwangsarbeiter gebraucht werden können. Selbst belgischen Bergarbeitern wurden keine Teuerungszulagen bewilligt, sie sollen in reichsdeutschen Gruben arbeiten.

Von der Entwicklung der militärischen Lage und vom Ausmass der Desorganisation, das die Angriffe britischer Flieger in Industrie und Transport der besetzten Länder verursachen, hängt ab, ob sich für die Arbeiter die Widerstandsmöglichkeiten gegen den Nazi-Lothdruck verbessern. In den ausschlaggebenden Bezirken aller vom Hakenkreuz beherrschten Länder warten illegale Organisationen auf ihre Stunde.

Konzentrationslager
Deutsches Reich

(ITF) Im Kriege des Kaisers 1914-18 brach die deutsche Kriegswirtschaft wegen Rohstoffmangel zusammen. Die Nazi-Diktatur hat, als sie ihren Krieg vorbereitete, dieser Gefahr ausweichen wollen, sie wollte Deutschland blockadefest machen. Doch die Ersatzstoffindustrien erfordern eine ungewöhnlich grosse Zahl von Arbeitskräften. Trotzdem 3 Millionen Kriegsgefangene, aus Osteuropa nach Deutschland transportierte "Volksdeutsche" und ausländische Zwangsarbeiter in der deutschen Kriegswirtschaft arbeiten, herrscht noch immer Arbeitermangel in Deutschland. Der Rohstoffmangel ist in Arbeitermangel umgewandelt worden - mehr hat die deutsche Autarkiewirtschaft nicht erreichen können.

Mit allen Mitteln werden deshalb weitere Arbeitssklaven für Hitlers Kriegsmaschine gepresst. Auf den Bedarf der Wirtschaft der Länder, aus dem Arbeitssklaven verschleppt werden, nehmen die Nazis keine Rücksicht. Im vergangenen Jahre lag die slowakische Getreideernte um 20% unter dem Vorjahrsergebnis, viele Felder konnten nicht bearbeitet werden - wie der Bratislaver Regierungssender bestätigt, vor allem weil Arbeiter fehlten, die den Boden bebauen konnten. In belgischen Betrieben erscheinen deutsche Agenten und bezeichnen die Facharbeiter, die sie haben wollen. Diese Arbeiter müssen entlassen werden und sie erhalten keine Arbeitslosenunterstützung. Sie sollen "freiwillig" nach Deutschland gehen. In Holland macht sich Landarbeitermangel fühlbar. Als Italien nach dem Fall Benghazis Berlin um Hilfe bat, machte Berlin zur Vorbedingung ausreichender Hilfe die Lieferung von 200.000 weiteren italienischen Zwangsarbeitern.

Mussolini will Hitler vor allem aus den unruhigen Industriezentren senden; in Genua wurden Kraftfahrer, Metallarbeiter und Handwerker für Arbeit in Deutschland ausgehoben. Arbeiter, die zur Zwangsarbeit nach Deutschland deportiert wurden, können dem Faschismus nicht in Italien gefährlich werden. Aus ähnlichen Ueberlegungen heraus senden die deutschen Behörden aus den als Basen etwaiger Versuche einer Invasion Englands ausgewählten

Gebieten Hollands, Belgiens und Nord-Frankreichs immer neue Zwangsarbeitertransporte nach Deutschland.

(Für die Red.: Sender Bratislava, 23.II.41.)

Deutsche Arbeitsfront besteuert
slowakische und italienische Arbeiter

(ITF) Die 50.000 Slowaken und die 300.000 Italiener, die als Arbeiter nach Deutschland deportiert wurden, müssen jetzt der deutschen Arbeitsfront Beiträge zahlen.

Kein Urlaub
für jüdische Arbeiter

(ITF) Jüdischen Arbeitern braucht in deutschen Betrieben kein Urlaub bewilligt zu werden, entschied das Nazi-Arbeitsgericht in Köln. Die Deutsche Arbeitsfront empfiehlt diese Entscheidung allen deutschen Arbeitsgerichten zur Beherzigung.

(Für die Red.: "Kölnische Zeitung", 7.II.41.)

1000 Jahre warten...

(ITF) Ein Herr Max Blokzyl ist im Augenblick eine der rühtigsten Agenten der deutschen Propaganda in Holland. Er hat sich in Berlin als Korrespondent einer holländischen grossbürgerlichen Zeitung mit Nazigrössen angefreundet und wurde jetzt von ihnen in Holland zum Chefredakteur des "Standard", des Organs der kalvinistischen Partei, eingesetzt und beauftragt, in Radio Reklamevorträge für das Dritte Reich zu halten. Aber schon in seinem ersten Vortrag entschlüpfen ihm im Uebereifer einige seinen Berliner Auftraggebern sicher peinliche Feststellungen.

Die deutschen Zeitungen erzählen den Holländern immer wieder, dass die Arbeiter hinter Hitler stünden. Herr Blokzyl weiss, dass 100.000 holländische Arbeiter jetzt selbst hören, was deutsche Arbeiter über das Hitler-system denken. Er will deshalb vorsichtig die Nazis entschuldigen.

Der Geist der deutschen Gewerkschafter konnte bisher von den Nazis nicht

gebrochen werden, gibt er zu. "Der Klassenkampf der früheren Gewerkschaften hatte ein halbes Jahrhundert Zeit, um sich in Generationen festzusetzen. So etwas kann nicht in acht Jahren überwunden werden". "Der Arbeiter versteht nicht so leicht, dass das Reich vorläufig kein Geld hat. (Denn der Arbeiter sieht, wie die Nazis Millionen verschwenden - Red.)

Der deutsche Arbeiter müsse sich eben damit trösten, dass es erst in ferner Zukunft besser werden könne: Es werden bessere Zeiten kommen und man muss auf kommende Generationen warten, um das Ergebnis der neuen Ideen wirklich beurteilen zu können" - sagte Herr Blokzyl.

Der heutigen und der nächsten Arbeitergeneration wagt selbst der holländische Agent des Dr. Goebbels keine bessere Zukunft unter dem Hakenkreuz zu prophezeien.

(Für die Red.: Radio Hilversum, 15.II.41.)

Nur Kinder braver Nazis werden satt

(ITF) Die deutsche Brotration erscheint auf den ersten Blick reichlich: fast 325 gr pro Tag ist zugestanden, das Anderthalbfache der Brotration, die deutsche Behörden Belgien und

Polen bewilligt haben. Aber trotzdem reicht in den deutschen Familien, die kein Geld haben, um zum Beispiel die ihnen zustehende Fleischration zu kaufen, die Brotration nicht. Schwerarbeiter in kriegswichtigen Betrieben erhalten unter bestimmten Umständen Brotzulagen. Aber "es gibt Familien mit Kindern und Jugendlichen, Werktätigen und Langarbeitern, die keine Zulage bekommen und bei denen dadurch die allgemeine Brotzuteilung nicht ausreicht", berichtet der Angriff, die Tageszeitung der Deutschen Arbeitsfront. "Oft hört man im Bäckerladen Frauen mit einem Blick auf die Brotmarken ihrer Nachbarinnen seufzend sagen: 'Was - so viel Brotmarken haben sie noch? Ich weiss mal wieder nicht wie's bei mir langen soll!'" - Die Nazi-Diktatur versichert stets, dass sie über riesige Getreidevorräte verfüge. Aber sie hält die Kinder knapp, sie erhöht die Rationen nicht. Statt dessen lässt die Nazi-Partei durch ihre Häuserblockfunktionäre in allen Haushaltungen, die die Brotration aus besonderen Gründen nicht voll aufbrauchen, überzählige Brotkartenabschnitte einsammeln und als Brotzulage verteilen. Diese Brotzulage wird aber nur zuverlässigen Nazis bewilligt. "Der Blockwart (der Nazi-Partei), der regelmässig jede Familie besucht, und daher einigermassen Einblick bekommt in die jeweiligen Verhältnisse, lässt dort, wo es ihm (!) gerechtfertigt und notwendig erscheint, einen vorgedruckten Antrag auf Brotzulage ausfüllen". Wenn es dem Naziblockwart gerechtfertigt erscheint, dass Kinder bestimmter Familien nicht satt werden, werden Brotzulagen abgelehnt.

Genau so wie Hitler es ablehnt, den Kindern der Länder, deren Lebensmittelzufuhr er durch seine Truppen abschnitt, aus deutschen Vorräten ausreichende Rationen zu bewilligen. Man kann sich vorstellen, wieviel Kinder in diesen Ländern hungern, wenn schon in Deutschland Zusatzrationen nötig sind.

(Für die Red.: "Angriff", 28.I.41.)

Schleichhandel unterm Hakenkreuz

(ITF) Die Rationierung sei ein Zeichen nationalsozialistischen Gerechtigkeitssinnes, unter dem Hakenkreuz würden Lebensmittel und Kleidung gerecht verteilt, erzählen die Nazis. Auf

dem Papier stimmt das. Doch nur auf dem Papier. Denn für Geld kann man in Deutschland fast alles kaufen. Ein Berliner berichtete, dass man im Spätherbst für 60 Mark ein Pfund Kaffee "schwarz" erhalten kann, für 18 Mark ein Huhn, für 33 Mark eine Gans. Inzwischen sind die Preise gestiegen. In Wien zahlte man im Januar für eine Ente schon 40 Mark, für eine Gans gar 60 Mark!

Wäsche und Kleidung sind in Deutschland rationiert, aber wer Geld hat, kann ohne Karten einen "Tropenanzug" kaufen. Im Winter kann man natürlich diesen Tropenanzug nicht tragen, aber es gibt sehr viele Deutsche, die so wenig verdienen, dass sie ihre Kleiderkarte nicht ausnützen können und ihre Punkte verkaufen müssen. Es gibt eine Art "schwarzer Kleiderbörse", für 450 Mark kann man in Berlin hintenherum Anzüge ohne Punkte kaufen. Und wenn es schief geht... nun, sehr viele Beamte nehmen Geld. Der Berliner, der viele Einzelheiten über das Bestechungsunwesen im Dritten Reich mitteilt, nennt das System "Brutalität durch Bestechlichkeit gemildert". Selbst aus dem Konzentrationslager kann man sich freikaufen, denn auch die Gestapo nimmt Geld.

Wer Ware hat, zahlt keine Schleichhandelspreise, er tauscht. In deutschen Zeitungen melden sich Sachwertbesitzer ungeniert: "Tausche einige Schlachtenten gegen leeres guterhaltenes Benzineisonfass". "Gabe einige Gänse, Enten und Hühner ab, für (Briefmarken) Deutsches Reich, Memel, Wohl-

fahrts-, Flugpost- oder Gedenksätze". "Schneiderin... wünscht Kundschaft in der Provinz (Selbstversorger)" - ähnliche Anzeigen erscheinen häufig in deutschen Zeitungen und erinnern Volksgenossen, die kein Geld haben daran, in welcher herrlicher Volksgemeinschaft sie leben.

Sabotage, Streiks und Strassenkämpfe in Holland

Sabotage in Norwegen

(ITF) Anfang Januar hat sich der Widerstand der Holländer gegen die Nazi-Herrschaft verschärft. Die W(ach) A(bteilung), die S.A. der von Berlin seit Jahren ausgehaltenen holländischen Nazis, erhielt bei ihren provozierenden Märschen durch Arbeiterviertel immer häufiger Prügel. Gelegentlich fielen Schüsse. Die Lebensmittelzuteilung wurde schlechter, Rationen wurden gekürzt, die Läden wurden schlecht beliefert. In vielen Städten musste man stundenlang anstehen, bevor man wenigstens einen Teil der Rationen erhielt, oft war das Anstellen vergeblich, am nächsten Tag begann dann das lange Stehen von Neuem. Aber an den Menschenschlangen vorbei zogen deutsche Soldaten in den Laden, zeigten ihre gelben Lebensmittelkarten für Soldaten und der Händler, der wusste, dass Hitlers Kommissar angeordnet hatte, dass 'Lieferungen auf militärische Lebensmittelkarten und Scheine. Vorrang vor allen anderen Lieferungen haben' (Verordnungsblatt vom 15. I. 41.) musste den Soldaten die Ware geben, nach denen holländische Frauen schon viele Stunden anstanden.

Kohlen waren so knapp geworden, dass Gas und Elektrizität scharf rationiert wurden. Eine Grippeepidemie brach aus, die besonders die Grossstädte und Industriezentren wie Amsterdam, Den Haag, Rotterdam, Utrecht und Eindhoven heimsuchte. In Den Haag war Ende Januar ein Viertel der Bevölkerung krank, berichtete das städtische Gesundheitsamt.

Die gereizte Stimmung machte sich Luft. Deutsche Militärfahrzeuge wurden beschädigt, Telephonkabel wurden zerschnitten - genau wie in Norwegen und Belgien. Aber dann nahmen die Sabotageakte ernsteren Charakter an. Der Bürgermeister der Residenzstadt Den Haag warnte die Bevölkerung nachdrücklich vor Fortsetzen der Sabotageakte. Zwei Tage darauf musste der Bürgermeister von Rotterdam eine ähnliche Warnung veröffentlichen. Die Bürgermeister von Amsterdam und der benachbarten Orte Haarlem, Heemstede, Bloemendaal mussten ähnliche Warnungen erlassen. Die holländischen Nazis suchten ihre deutschen Auftraggeber zu beruhigen, sie versicherten, dass die Täter Einzelgänger seien, das Ergebnis des Winterhilfswerks werde beweisen, dass das holländische Volk sich mit den neuen Zuständen abgefunden habe. Doch in den Städten klagten die Leiter der nach deutschem Muster aufgebauten Winterhilfsorganisationen darüber, dass sie nicht genug Helfer für die Sammlungen finden, das Sammelergebnis bleibt weit hinter den Erwartungen zurück; die Bauern sind misstrauisch. Lautsprecherautos fahren durch die Dörfer und halten Vorträge über das Thema 'Wo bleibt das Geld der Winterhilfe' - über die Frage, die alle interessiert.

Die katholischen Bischöfe Hollands erneuerten ihre Anweisung, holländischen Nationalsozialisten die Sakramente zu verweigern.

Die holländischen Nazis wollten durch antisemitische Aktionen neuen Auftrieb gewinnen. Sie zogen ins Amsterdamer Judenviertel, wo Tausende jüdische Proletarier leben. Am 9., 10., 11. und 12. Februar zog die W.A. wieder provozierend durch die schmalen Strassen. Aus den Arbeitervierteln strömten Menschen zusammen und verprügelten die Provokateure. Es kam zu ernstesten Zusammenstößen. Viele wurden schwer verletzt. Am 12. Februar wurde bei den Zusammenstößen ein W.A.-Mann erschlagen. Nun erhielt die Polizei den Auftrag, durchzugreifen. -

Im Haag wird eine Sabotageorganisation aufgedeckt, in Amsterdam werden Saboteure verhaftet. Die Erregung wächst. Eine Woche darauf, am 25. und 26. Februar, kommt es in Amsterdam zu schweren Zusammenstößen mit der Polizei. Sechs Tote, viele Verwundete und sehr viele Verhaftete meldet der deutsche Polizeibericht. Am 26. legen Arbeiter wichtiger Betriebe in Amsterdam und in den industriellen Nachbarorten die Arbeit nieder. Auch öffentliche Betriebe liegen still. Am 27. wird in der Provinz Nordholland, der Provinz, in der Amsterdam liegt, das Standrecht verkündet. Ein Fliegergeneral Görings übernimmt die Exekutive. Sein erster Aufruf verkündet Demonstrationsverbot und Verbot aller politischen Organisationen und droht den Streikenden, die nicht zur Arbeit zurückkehren, mit dem Standgericht.

Jetzt lässt sich der Propagandaschwindel nicht mehr aufrechterhalten, dass nur wenige Holländer gegen das neue Regime opponieren. Am 28. Februar bricht diese Lügenpropaganda der Nazis zusammen. Jetzt wird offen zugegeben, was sich abgespielt hat:

holländische Arbeiter weigerten sich, für Hitlers Kriegsmaschine zu arbeiten.

Die deutschen Militärbehörden sehen sich gezwungen, zu verordnen: Arbeitsverweigerung wird künftig mit Gefängnis bis zu 15 Jahren bestraft. Holländische Arbeiter, die sich weigern, für Besatzungstruppen zu arbeiten, können standrechtlich erschossen werden...

Am gleichen Tage, an dem in Holland Arbeiter in den Streik traten, wurden in Norwegen 10 Norweger von Nazi-Richtern wegen Sabotage zum Tode verurteilt.

(Für die Red.: Die Informationen stammen aus neutraler und aus nazi-zensurierter Quelle. Unzensurierte Berichte holländischer illegaler Organisationen liegen noch nicht vor.)

Berichtigung: In Zeile 2 dieses Berichts lies: W(ehr)-Abteilung

Mussolini ist grosszügig mit Versprechungen

(ITF) Die italienischen Niederlagen in Nordafrika haben eine für das faschistische Regime nicht gerade erfreuliche Stimmung in Italien ausgelöst. Der römische Rundfunk

und ein Teil der nord-italienischen Presse versuchen, die Unzufriedenen mit Versprechungen einer schöneren Zukunft zu vertrösten. Eines Tages werde der Reichtum gerecht verteilt und die Arbeiter werden besser leben - 'nach dem Kriege'. Arbeit wird garantiert, gleicher Lohn, schöne Wohnung und Aufstiegsmöglichkeiten (Radio Rom).

Weshalb der italienische Faschismus die 18 Jahre seiner Herrschaft nicht dazu benutzte, die Massen diesem Paradies auch nur einen Schritt näher zu bringen, warum die Versprechungen erst nach der Niederlage gemacht werden - darüber schweigen die Zeitungen Mailands und Turins und die Radiostationen ganz Italiens.

Illegale Flugblätter in Italien

(ITF) Wegen Verteilung illegaler Flugblätter gegen das faschistische Regime

verhaftete die Ovla, die italienische Gestapo, den Bankangestellten Ciomaro Luigi aus Brescia und einige seiner illegalen Mitarbeiter (meldet Radio Rom am 1.III.41.).

René Belin

(ITF) Im Juli 1940 trat Belin als Arbeits- und Wirtschaftsminister in das Kabinet Marschal Pétains. Die Kreise, die Pétain

stützten, erwarteten, dass der ehemalige Sekretär der freien französischen Gewerkschaftszentrale, der C.G.T., die französischen Arbeiterorganisationen in das totalitäre System eingliedern werde. Belin hat sie nicht enttäuscht. Er hat auftragsgemäss die Zentralen der Gewerkschaften - auch den C.G.T., dessen Sekretär er war, aufgelöst. Er hat die Beamtengewerkschaften zerschlagen - auch die Postlergewerkschaft, aus deren Reihen er kam. Und er hat den Unternehmern jedes Industriezweiges als Ersatz für die aufgelösten Arbeitgeberorganisationen "Industrielle Organisationskomitees" gegeben und die noch geduldeten örtlichen und beruflichen Gewerkschaftsorganisationen der Kontrolle dieser Unternehmerorganisationen unterstellt. Freunde Belins verteidigten diese Massnahme des ehemaligen C.G.T.-Sekretärs mit dem Hinweis darauf, dass doch in jedem Industriekomitee ein Regierungsvertreter sitze, der seine Anweisungen vom Wirtschaftsminister erhalte und dieser Wirtschaftsminister sei ja Belin. Belin könne also die Arbeiter schützen.

Die französischen Industriellen warteten, bis Belin fast in jedem wichtigen Industriezweig den neuen Unternehmerverband legalisiert hatte. Dann stiessen sie vor. Als Pétain unter dem Druck deutscher Forderungen zum neunten Male in acht Monaten sein Kabinet umbildete, wurde dem Wunsch der Industriellen gemäss Belin in den Hintergrund gedrängt, Industrie- und Arbeitsministerium getrennt und das Arbeitsministerium zusammen mit dem Verkehrsministerium und dem Wirtschaftsministerium der Autorität des Finanzministeriums unterstellt.

Was ist eine Reichsmark wert?

(ITF) Bei Umrechnung deutscher Löhne und Preise darf man nicht den amtlichen deut-

schen Markkurs zugrunde legen. Selbst die Berliner Staatsbank, "Reichskredit-Gesellschaft", gibt zu, dass der amtliche Markkurs überhöht ist. Sie schreibt in ihrem Halbjahresbericht, dass nach dem offiziellen Kurs eine Mark zwar 40 Dollarcenten gilt, aber nur einen Kaufwert von 24 Dollarcenten hat. Der offizielle Markkurs ist also 67% zu hoch.

Nicht ganz so krass ist der Unterschied beim Kurs der Reichsmark in Schweizerfranken und Schwedenkronen, schreibt die "Reichskredit". Der Kaufkraft nach sei die Reichsmark nur 1,65 sfr. und 1,40 skr wert, wenn auch dem Kurs nach 1,76 sfr. und 1,68 skr.

(Für die Red.: Alle Angaben Sept. 1940; zitiert nach "Berliner Börsenzeitung", 6.II.41.)

haben wir u.a.:

Hitler und der Pazifismus

(ITF) In einer französischen Arbeiter-Sendung der B.B.C. sagte W. Pickles u.a.:

"Unter den Briefen, die kürzlich bei der B.B.C. einliefen, hat mich einer sehr getroffen. Er kommt aus der Gegend der Dauphine Alpen und ist unterzeichnet: 'Euer Waffenbruder von 1914'. Er schreibt vom englischen Rundfunk und von Frankreich, dem tapferen und stolzen Frankreich, dem gerechten und guten Frankreich, an dem wir nie zweifeln werden, auch jetzt nicht, wo es am Boden liegt. Und dann zugeben müssen, schreibt er, zugeben müssen, dass ich vor dem Krieg Pazifist war: Wie dumm!

Das ist die Stelle, die mich getroffen hat, denn auch ich bin ein alter Pazifist. Mein Vater war 1900 Pazifist während des Burenkrieges. Ich war es während des letzten Krieges und während der Jahre darnach. Fast 20 Jahre hindurch predigte ich auf öffentlichen Versammlungen und in Privatgesprächen absoluten und radikalen Pazifismus. 'Der Krieg', sagte ich meinen Freunden, 'löst kein Problem, immer schafft er mehr Böses als Gutes, und vor allem für die Arbeiterklasse kann er nur eine Geißel sein, denn für sie bedeutet Sieg oder Niederlage nur den Wechsel des kapitalistischen Herrn'. Ich empfahl allen, die mir zuhörten, sich von vornherein vorzunehmen, niemals zu kämpfen. 'Der Krieg', sagte ich ihnen, 'ist die Stunde des schlimmsten Betrugs. Wenn Krieg ausbricht, habt ihr keine Möglichkeit, das Für oder Wider abzuwägen. Ihr müsst deshalb jetzt schon Partei nehmen und deutlich erklären, dass ihr jeden Militärdienst verweigert.' Ich glaubte damals an die Kraft des passiven Widerstandes, ich glaubte, dass die Menschen zu zivilisiert seien, um gegen Menschen, die sich nicht wehren, zu kämpfen.

Das Auftauchen Hitlers hat mich umlernen lassen. Ich musste feststellen, dass die gleichen Nazis, die, wenn sie auf Widerstand stossen, toben oder fortlaufen, mit sadistischem Vergnügen diejenigen quälen, die sich nicht wehren. Trotzdem zögerte ich immer noch, meine Vergangenheit völlig zu verleugnen. Ich sagte mir: die Nazis sind Verbrecher. Sie wollen jede Freiheit zerstören, uns in eine Barbarei zurückführen, die schlimmer ist als die des Mittelalters. Aber wird der Krieg nicht dasselbe bewirken?

Ein Franzose brachte mich endlich auf die Lösung. In seinem grossartigen 'Tagebuch des weissen Krieges' hat George Duhamel Jean Giono geantwortet, der die gleichen Ideen vertrat wie er: 'Die Gegenwart', schrieb Duhamel, 'beweist uns grausam, dass Unterwerfung nicht vor dem Kriege rettet. Wenn die Anhänger Gionos sich erst den deutschen Eroberern unterworfen haben, wird man ihnen Helm und Gewehr geben und sie auf irgendein Schlachtfeld schicken. Seitdem die Welt die Welt ist, haben Eroberer stets unter besiegten Völkern Truppen ausgehoben'.

Das überzeugte mich endgültig. Endlich verstand ich, dass ich nicht die Wahl zwischen Krieg und Frieden, sondern nur zwischen dem Krieg heute gegen die Nazis und dem Krieg morgen für die Nazis habe.

Es ist nicht leicht, Kameraden, das, was man 20 Jahre gepredigt hat, zu verleugnen. Aber ich bin nicht der einzige. Nicht nur die Leiter der englischen pazifistischen Bewegung haben sich von ihrem Irrtum überzeugen müssen, auch viele mir bekannte Kommunisten sind einen ähnlichen Weg gegangen. Sie waren natürlich keine Pazifisten, aber sie haben zwischen ihrem Gewissen und ihrer Partei wählen müssen. Die Führer, die ihnen Jahre hindurch den Krieg zur Vernichtung des Nazismus gepredigt haben, sagten ihnen plötzlich, dass sie sich im Gegner geirrt hätten und dass man an der Seite der Nazis die Demokratie angreifen müsse. Genau wie ich, schämten diese Kommunisten sich, sich an der Seite der Faschisten und Verräter zu finden. Wie ich, haben die meisten von ihnen sich geweigert, ihre Klasse zu verraten, im Gegenteil, sie schlugen sich mit Begeisterung für die Freiheit und werden, wenn es sein muss, für sie sterben.

Wenn der Nazismus hinweggefegt sein wird, wenn die Welt von Gerechtigkeit und Vernunft regiert werden wird, können die Kommunisten, wenn sie wollen, ihre Propaganda wieder aufnehmen und ich werde Zeit und Gelegenheit haben, mich etwas objektiver mit meinem Pazifismus zu beschäftigen. Aber solange die Nazigefahr existiert, kann ich nur bitter wiederholen, was mein Freund in den Alpen schrieb: wie dumm...!"

Solidarität der Hungernden

(ITF) Die tschechischen Arbeiter warnte von London aus Ing. Jaromir Nečas vor irrefüh-

render Propaganda: "Die Nazis bemühen sich, die Schuld an dem Hunger und an der Not, die durch Europa schleicht, von sich abzuwälzen. Sie behaupten, Ursache des Hungers sei der Schleichhandel und die Tschechen stellten den Schleichhandel als nationale Tat hin. Die Nazis drohen mit Ausnahmegesetzen und mit Todesstrafe. Die Wahrheit aber ist, dass die tschechischen Länder beraubt und ausgeplündert wurden, dass eure Vorräte nach Deutschland

verschleppt wurden und dass bei Euch auf Eure Kosten Gestapo, deutsche Soldaten und deutsche Beamte im Ueberfluss leben.

Die Preise steigen, denn wo nichts ist, hat der Teufel sein Recht verloren. Es gibt nicht einmal genug von denjenigen Lebensmitteln, von denen man vor der Besetzung Prags Ueberfluss hatte. Da helfen keine diktierten Preise.

Jeder Tscheche betrachtet es aber als seine nationale und menschliche Pflicht, gegen wirkliche Preistreiber aufzutreten und gegen Schleichhandel, der auf Kosten der sozial Schwachen betrieben wird. Aber wenn ein Tscheche dem andern hilft, so ist das kein Schleichhandel. Die Deutschen möchten natürlich, dass Ihr, was von den Vorräten noch übrig blieb, für sie aufbewahrt, damit sie auch diese Reste nach Deutschland schleppen können. Deshalb kommen sie mit ihrer angeblichen Bekämpfung des Schleichhandels.

Keine Verfolgungen aber werden das tschechoslowakische Volk daran hindern, sich in der Not, in die Hitler es gestürzt hat, in gegenseitiger Solidarität zu helfen. Das ist kein Verbrechen, das ist eine Selbstverständlichkeit und eine nationale Pflicht".

(Ing. Jaromír Nečas ist der ehemalige Minister für soziale Fürsorge der Tschechoslowakischen Republik. 1937 war er Präsident der Internationalen Arbeitskonferenz. Nečas floh aus Prag als die Nazis ihn zwingen wollten, Ministerpräsident des "Protectorats" zu werden.)

Das Recht auf Notwehr

(ITF) Die Nazis bezeichnen die für ihre Freiheit kämpfenden Polen als Mörder. Der sozialistische Sender "Europäische Revolution" wandte sich scharf gegen diese Lügenpropaganda:

"Um ihre Verbrechen in Polen zu verbergen und um das Gewissen des deutschen Volkes zu beruhigen, klagt die Henkergarde des nationalsozialistischen Regimes die Polen des Terrors an. Es ist richtig, täglich werden in Polen Gestapoleute, SS-Leute oder deutsche Siedler angegriffen. Der Kampf in Polen geht weiter und nur zwischen den Zeilen der Berichte könnt Ihr die Wahrheit ahnen. Schaut Euch nur die Todesanzeigen von SS-Leuten an, wo es immer heisst: 'In Ausübung seines Dienstes in Polen gefallen'. Wir lesen in Polizeiberichten, dass Bauernhäuser von polnischen Banden überfallen wurden, dass Getreidespeicher in Flammen aufgingen, dass in Fabriken Feuer ausbrach, ohne dass die Ursache festgestellt werden konnte, dass Züge entgleisen und dass Polen Widerstand gegen deutsche Beamte geleistet haben. Es sind lakonische, kurze und entstellte Berichte und es ist nur eine Andeutung dessen, was heute in Polen wirklich geschieht, aber diese Berichte beweisen täglich: in Polen kämpft ein Volk, es kämpft gegen die brutale und bestialische Gewalt eines räuberischen Eroberers, der ihm nicht nur sein Eigentum und seine Freiheit genommen hat, sondern der ihm auch das primitivste Menschenrecht abspricht. 'Wir sind die Herren und die Polen sind die Knechte', so hat der Herr Greiser vor wenigen Tagen wieder erklärt - und nicht zum letzten Mal. Unser Sieg in Polen, so sagt er, wird erst vollendet sein, wenn auch das letzte Bauernhaus von deutschen Bauern besetzt ist.

Die Polen wehren sich, sie wehren sich mit dem Recht der geschändeten und geschlagenen Kreatur und indem sie sich wehren, kämpfen sie für die Ehre ihres Volkes.

Die revolutionären Sozialisten anerkennen feierlich dieses Recht auf Notwehr. Nicht Polen sind die Mörder deutscher Polizisten und Soldaten, nicht Polen sind an dem Blut schuld, das heute täglich fließt; die Nationalsozialisten sind schuld, Hitler ist schuld! Er schickt deutsche Soldaten in fremde Länder, er hat Schande und Schuld auf den deutschen Namen gehäuft, er misshandelt die Völker Europas.

Deutsche Mütter, wenn Eure Söhne, die mit Besatzungstruppen heute in fernen Ländern stehen, verwundet werden oder sterben, klagt nicht diese Völker an, klagt Hitler, klagt die Nationalsozialisten an. Nicht die Völker, die für ihre heiligsten Rechte kämpfen, die Führer der Diktatur, die Schuldigen an diesem Krieg, die Nationalsozialisten sind schuld und an ihrer Spitze steht Adolf Hitler".